

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.



«Ich will Aufbruch»

Petra Gössi ist nach vier Jahren an der Spitze der FDP noch nicht müde. Im grossen Interview spricht sie über ihre Pläne mit der FDP und die Sorgen der Menschen.

Seiten 10 und 11

Es herrscht Aufbruchstimmung

Die Delegierten haben an ihrer ersten Versammlung des Jahres in Schindellegi den Wunsch nach einem liberalen Aufbruch bekräftigt und drei Parolen gefasst.

Seiten 18 und 19

Die Neugewählten stellen sich vor



Seiten 20 bis 22

Auf dem Laufenden

Neuwahlen im Parteivorstand, Parolenspiegel für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen, Augmented Reality sowie die Agenda informieren Sie über weitere Ereignisse.

Seite 23

Angstmacherei hat keine Zukunft

Editorial

Die beiden Aussagen «Mehr Optimismus» und «Wir machen Zürich» prägten unseren Wahlkampf 2018 und 2019. Wir machten damit klar, dass es allen Grund gibt, zuversichtlich zu sein, und dass die Probleme lösbar sind. Auch zeigten wir auf, dass wir Freisinnige anpacken und Probleme lösen, statt sie zu bewirtschaften. Das gilt auch heute noch. Die beiden Aussagen sind weder veraltet noch überholt.

«Zukunft-Macher» statt Angstmacher

Links-Grün, die Wahlsieger von 2019, sind nun in der Verantwortung, die Probleme der Schweiz zu lösen. Dies dürfte ihnen aber schwerfallen, da sie keine Optimisten und «Macher» sind, sondern dauernd von der (ökologischen) Apokalypse sprechen und die Zukunft schwarzmalen. Wer aber Angst vor der Zukunft hat, ist nicht fähig, Chancen zu erkennen und Probleme zu lösen. Auf der anderen Seite ist Links-Grün aufgrund ihrer Radikalität nicht willens, mit anderen Parteien nach pragmatischen, umsetzbaren und mehrheitsfähigen Lösungen zu suchen.

Dies eröffnet uns Freisinnigen die Möglichkeit zu zeigen, was in uns steckt und was wir können: Probleme zum Wohle der Bevölkerung lösen. Denn wir haben keine Angst vor der Zukunft, sondern



Hans-Jakob Boesch

sehen sie im Gegenteil als Chance. Während Links-Grün damit beschäftigt ist, Probleme zu bewirtschaften, werden wir sie lösen. Die Kantonsratsfraktion hat dies z.B. in der Budgetdebatte Ende

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10/11 Grosses Interview mit Petra Gössi
- 12 Renteninitiative der Jungfreisinnigen
- 13 Regine Sauter zur Renteninitiative
- 14 2. Säule: Vorschläge des Gewerbeverbandes
- 15 2. Säule: Vorschläge des Arbeitgeberverbandes
- 16 Standpunkte: Ökologie gehört zum Freisinn
- 17 Mentoring: Amélie Evard zur Mieterverbandsinitiative
- 18/19 Delegiertenversammlung in Schwyz
- 20–22 Die Neugewählten stellen sich vor
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonaleil:
Redaktion Zürcher Freisinn
Sina Rüdüsüli | Kreuzstrasse 82 | 8032 Zürich
T: 043 233 77 00 | F: 043 343 99 68
E: info@fdp-zh.ch | www.fdp-zh.ch



Liebe Freisinnige

Hoffentlich sind auch Sie gut im Jahr 2020 angekommen. Nach dem anstrengenden Wahljahr haben einige Tage Erholung gutgetan, und bereits ist die FDP wieder mit aller Kraft daran, die Weichen für die Zukunft der Schweiz zu stellen. Das tun auch Karin Keller-Suter und Ignazio Cassis, die am 11. Dezember 2019 im Amt bestätigt wurden. Ich bin erfreut, dass das Parlament die Stellung der FDP sowie die klaren Leistungsausweise unserer beiden Bundesräte anerkennt.

Schwerpunkt Altersvorsorge

Ein zentraler Erfolgsfaktor der Schweiz sind unsere Sozialwerke. Doch wie sollen wir diese in Zukunft finanzieren? Wie sichern wir den zukünftigen Generationen in unserem Land die Rente? In der neuen Legislatur wird das die grosse Frage sein. Deshalb widmen wir unseren Schwerpunkt im ersten «Freisinn» des Jahres 2020 diesen Fragen. So diskutieren wir die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, welche eine Gegenidee zu den immer teureren Ideen der Linken in die Diskussion einbringt.

Nein zur Mieterverbandsinitiative

Von unüberlegten und teuren Ideen ist aber nicht nur bei der Altersvorsorge abzuraten. Am 9. Februar 2020 stimmen wir u. a. über die Mieterverbandsinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Diese will allen Kantonen ein zentralistisches Korsett auf-

zwingen und die regional eigenständigen Lösungen über den Haufen werfen. Diese sozialistische Vorlage gilt es jetzt mit aller Kraft zu bekämpfen, denn die massiven wie unnötigen Markteingriffe würden zu staatlichen Geistersiedlungen führen.

Aufbruch!

Natürlich beschäftigen uns auch die Wahlen 2019 noch. An dieser Stelle möchte ich allen Freisinnigen danken, die über Wochen und Monate hinweg viel gearbeitet haben – sei es als Kandidaten, sei es als Wahlhelfer. Mit Maja Riniker, Johanna Gapany und Matthias Michel stellen sich die letzten unserer zehn neuen Fraktionsmitglieder vor. Leider können wir mit dem Wahlergebnis insgesamt nicht zufrieden sein. Wir werden die Lehren daraus ziehen – mehr dazu lesen Sie im Interview. Klar ist: Die FDP hat den Auftrag, die Schweiz in die Zukunft zu führen. Den nehmen wir an.

Brechen wir gemeinsam als Partei in eine neue Zukunft auf. Kämpfen wir für eine liberale Schweiz der Zukunft!

Viel Vergnügen mit der Lektüre wünscht

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

2019 unter Beweis gestellt und – mit Ausnahme der Steuerfussenkung – trotz numerischer Mitte-links-Mehrheit für ein ausgeglichenes Budget gesorgt. Und unser Ständerat Ruedi Noser war massgeblich daran beteiligt, die Revision des CO₂-Gesetzes so aufzugleisen, dass sie nicht nur ökologisch sinnvoll ist, sondern auch wirtschaftlich tragbar und mehrheitsfähig.

Auch dürfen wir nicht vergessen, dass der Kanton Zürich immer noch bürgerlich ist, wie dies im zweiten Wahlgang der Ständeratswahl von vergangener November eindeutig gezeigt hat. Für diesen bürgerlichen Kanton wollen wir mit unserem klar liberalen Profil Sprachrohr sein und Angriffen aus dem Mitte-links-Flügel die Stirn bieten. Ich hoffe in diesem Zusammenhang, dass wir in Zukunft wieder verstärkt mit der SVP zu einer pragmatischen Zusammenarbeit finden – trotz aller inhaltlicher Differenzen. Dies würde die Arbeit in den Parlamenten sowie bei Majorzwahlen und Abstimmungen deutlich vereinfachen – zum Wohle des Kantons Zürich.

Aus diesem Grund blicke ich – gerade auch was die FDP Zürich betrifft – zuversichtlich in die Zukunft, denn sie bietet uns viele Chancen. Wir müssen uns nur an die Arbeit machen und diese Chancen auch packen.

Themenführerschaft weiter ausbauen und übernehmen

Mit diesem «Macher»-Gedankengut sind wir dann auch bereits ins Politjahr 2020 gestartet. An unserer Medienkonferenz Anfang Januar haben wir die

Parolen für die Abstimmung vom 9. Februar 2020

Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen:	Nein
Projekt «Rosengartentram und Rosengartentunnel» in der Stadt Zürich:	Ja
Juso-Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen»:	Nein
JFZH-Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»:	Ja

Kampagne «Nein zum Taxigesetz» (mehr dazu in dieser Ausgabe) zusammen mit einer breiten Allianz lanciert. Gemeinsam wollen wir dieses innovationsfeindliche Gesetz, welches Wettbewerb verhindert und Zürcher Unternehmen benachteiligen würde, verhindern.

Auch sonst bleiben Arbeitsplätze und Wirtschaftsstandort Zürich im Jahr 2020 und darüber hinaus unsere Kernthemen. Weiter gewinnt die Familien- und Gesellschaftspolitik an Bedeutung und bedarf unserer gezielten Aufmerksamkeit. Infrastrukturthemen in Bezug auf Strasseninfrastruktur und öffentlichen Verkehr, wie aktuell der Ausbau des Rosengartens, über welchen wir ebenfalls am 9. Februar abstimmen, müssen aktiv vorangetrieben werden. In der Umweltpolitik, welche wir im letzten Jahr in den Fokus genommen haben, werden wir unsere Positionen mit entsprechenden Vorstössen bekanntmachen, unsere liberalen Leistungsausweis ausbauen und uns so eine grössere Glaubwürdigkeit erarbeiten. Bei allen Themen

werden wir als FDP kämpferischer, mutiger und frecher auftreten.

Auf die Unterstützung und enge Zusammenarbeit mit Ihnen allen, liebe Mitglieder, sowie den Bezirkspartei- und Ortsparteipräsidien, sind wir angewiesen, um all dies zu erreichen. Ohne das grosse freisinnige Engagement an der «Basis» ist es nicht möglich, unsere Positionen und Haltungen im Kanton Zürich zu festigen und weiter auszubauen und uns für künftige Abstimmungen und Wahlen zu rüsten. Es ist uns sehr wichtig, in Zukunft die Zusammenarbeit mit Ihnen allen zu intensivieren und im Austausch zu sein. Ich freue mich, zusammen mit Ihnen auch in Zukunft «liberale Spuren» im Kanton Zürich zu hinterlassen. Das neue Jahr bietet uns viele Chancen dafür. Machen wir uns an die Arbeit – ich danke Ihnen bereits jetzt für Ihre grosse Unterstützung und Ihr Vertrauen!

Liberale Grüsse
Hans-Jakob Boesch

Nachhaltigkeit 2.0

Workshop Liberale Umweltpolitik

Einladung zum Workshop der Fachkommission Umwelt & Energie, FDP Kanton Zürich

Liberale Umweltpolitik - wie heisst das?

Informieren Sie sich! Diskutieren Sie mit nationalen und kantonalen Politikerinnen und Politikern und Experten. Prägen Sie die Haltung unserer Partei!

Themen:	Gebäude/Wohnen, Sustainable Finance, Natur/Biodiversität, Mobilität
Wann?	29. Februar 2020 / 09:00 – 15:30 Uhr
Wo?	Memox World / Albisriederstrasse 199 / 8047 Zürich
Wie?	Anmelden über bit.ly/Workshop_LiberaleUmweltpolitik
Kontakt:	Fabian Etter, fabian.etter@gmail.com , Barbara Franzen, abfranzen@hispeed.ch

Victoria Ballabio

Porträt

In Egg bei Zürich aufgewachsen, habe ich schnell den Weg in die Stadt Zürich gefunden, in welcher ich das Gymnasium an der Kantonsschule Stadelhofen und dann ein paar Jahre später den Bachelor in Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Zürich abgeschlossen habe. Meine Passion für guten Kaffee ermöglichte mir während meiner Studienzeit die Stelle als Assistant Shopmanager bei ViCAFE Espresso Bars am Bellevue, wo ich sicher schon dem einen oder anderen Leser einen Flat White oder Espresso serviert habe. Nach einem kurzen Ausflug als Praktikantin im Bereich Events und Sponsoring bei der Swiss International Air Lines, werde ich ab Februar auf der Geschäftsstelle der FDP Kanton Zürich die Position als Verantwortliche Administration und Events übernehmen. Durch das Praktikum in Events und Sponsoring bei

der Swiss habe ich meine Begeisterung für die Planung und Durchführung von Events vertieft. Dank der FDP Kanton Zürich kann ich diese Leidenschaft mit meinem Studium verbinden und die Partei fortan im Bereich Administration und Events unterstützen. Schon vor meinem Studium habe ich mich für die parteipolitische Landschaft der Schweiz interessiert, wobei meine Sympathie schon immer den liberal-bürgerlichen Ansichten der FDP galt.

In meiner Freizeit bin ich im Winter auf der Skipiste im Bündnerland und im Sommer in einer Zürcher Badi anzutreffen. Zudem findet man mich durchaus auch an Weingustationen, um mein erlerntes Wissen der Académie du Vin anzuwenden.

Ich schaue mit Vorfreude meiner zukünftigen Tätigkeit entgegen. Gemeinsam werden wir vielseitige Events erleben und mit der FDP weiterkommen.



Victoria Ballabio

Abstimmung vom 9. Februar 2020

Nein zum teuren, rückständigen Taxi- und Limousinengesetz

Der Kanton Zürich ist Wirtschaftsmotor der Schweiz und rühmt sich, ein moderner und innovativer Standort zu sein. Das neue Taxigesetz, welches am 9. Februar an die Urne kommt, erbringt den gegenteiligen Beweis. Mit dem neuen Gesetz unterstehen auch Limousinenservices der Meldepflicht und müssen eine Plakette beantragen. Darunter fallen auch Fahrer, die via Uber-App Personentransporte anbieten. Diese Regulierung bringt keinen Mehrwert, macht das System aber teurer und aufwendiger. Es schafft gleich kurze, anstatt gleich lange Spiesse.

Innovationen und Fortschritt nicht verhindern

Das Gesetz ignoriert den technologischen Fortschritt und wäre ein Signal, dass Innovationen und neue Geschäftsmodelle in Zürich unerwünscht sind. Es stellt altes Gewerbe vor Innovation und zementiert die Personenbeförderung in der Vergangenheit. Das Mobilitätsbedürfnis einer modernen fortschrittlichen Gesellschaft wird mit dem neuen Gesetz verunmöglicht.

Umwelt und Klima nicht zusätzlich belasten

«Sharing Economy» resp. «Shared Mobility»



boomt, weil es wie kein anderes Konzept dem Wunsch entspricht, mobil und flexibel unterwegs zu sein, zugleich aber auch seine Mobilitätskosten zu senken und zum Schutz der Umwelt beizutragen.

Wettbewerbsnachteil verhindern

Ein wesentlicher Schwachpunkt des Gesetzes ist die Benachteiligung von kantonalen Dienstleistern. Zürcher Anbieter von Limousinenfahrten müssen in Zukunft zusätzliche Bedingungen erfüllen, um eine Sonderbewilligung zu erhalten – für eine Tätigkeit, für die sie heute keine kantonale Bewilligung be-

nötigen. Fahrzeuge mit ausserkantonalen Kontrollschildern sind davon befreit.

Fahrdienstleistungen nicht unnötig verteuern

Der Limousinenservice, welcher bis anhin nicht reguliert war, wird unnötigerweise bürokratischen Auflagen unterworfen. Das bedeutet, dass das neue Gesetz verbunden ist mit Aufwand und Mehrkosten für den Kanton und die betroffenen Fahrer und schlussendlich die Kunden.

Die FDP, GLP, BDP und CVP sowie die Jungparteien der FDP, GLP, BDP, CVP und SVP ergriffen im April 2019 das Referendum. Die SVP hat an ihrer Delegiertenversammlung ebenfalls die Nein-Parole beschlossen. Eine breite Allianz unterstützt das Referendum und will erwirken, dass innovative Geschäftsmodelle in einer modernen Gesellschaft und ganz speziell in einer Weltstadt wie Zürich Zukunft haben! Auch der Regierungsrat des Kantons Zürich lehnt das Gesetz ab.

www.taxigesetznein.ch

Überparteiliches Komitee «Nein zum Taxigesetz»

Abstimmung vom 9. Februar

Ja für eine Lösung am Rosengarten

Das Gesamtprojekt «Rosengartentram und Rosengartentunnel», über das am 9. Februar 2020 abgestimmt wird, ist ein guter Kompromiss. Und es ist die grosse Chance, endlich den Zustand am Rosengarten zu verbessern, das gespaltene Quartier wieder zu verbinden und dennoch die sehr wichtige überregionale Verkehrsverbindung für die Zukunft fit zu machen. Das ist nach über 45 Jahren Provisorium endlich fällig.

Bis zu 56000 Fahrzeuge fahren täglich über die Rosengartenachse, das sind rund dreimal so viel wie an einem durchschnittlichen Tag auf der Gotthard-Autobahn. Der Rosengarten geht jedoch mitten durch das Wohnquartier von Zürich-Wipkingen, unter anderem auch direkt vorbei an einem Primarschulhaus. Die Achse zerschneidet seit bald 50 Jahren das Quartier, verunmöglicht das direkte Überqueren der Strasse und bringt den Anwohnerinnen und Anwohnern viel Lärm und dreckige Luft.

MIV unter den Boden – Platz für Tram und Langsamverkehr

Das vorliegende Gesamtprojekt «Rosengartentram und Rosengartentunnel» möchte den motorisierten Verkehr in einen 2,3 Kilometer langen Tunnel unter den Boden verlegen. Dies entlastet nicht nur die Bevölkerung von Lärm und Dreck, sondern lässt das zerschnittene Wohnquartier endlich wieder zusammenwachsen. Denn so gibt es oberirdisch Platz für Fuss- und Veloverkehr, aber vor allem auch für zwei neue leistungsstarke Tramlinien, die das Be-



Martina Zürcher

völkerungs- und Mobilitätswachstum auffangen. Das Gebiet rund um den Rosengarten ist nämlich ein Wachstumsgebiet. Die heutigen Buslinien sind häufig überfüllt. Sie können auf der Strecke 1900 Personen pro Stunde und Richtung befördern, die im Projekt enthaltenen Tramlinien mit 3500 Personen pro Stunde und Richtung massiv mehr.

Martina Zürcher, Gemeinderätin Stadt Zürich

Ein Ja aus dem ganzen Kanton ist nötig

Die Rosengartenachse ist für den ganzen Kanton von grosser Bedeutung. Sie verbindet Zürich Nord und Zürich West sowie die umliegenden Quartiere und Gemeinden. Es sind Gebiete, in denen immer mehr Menschen wohnen, arbeiten, Erledigungen machen und ihre Freizeit verbringen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das 284000 Beschäftigte und 320000 Einwohnerinnen und Einwohner im Einzugsgebiet der Rosengartenachse – mehr als ein Fünftel der Kantonsbevölkerung, mehr als in den Städten Basel und Winterthur zusammen und knapp 30 Prozent aller Beschäftigten im Kanton Zürich.

Bei einem Grossteil der Fahrten innerhalb dieser Gebiete gibt es keine Alternative zur Rosengartenachse. Sie ist zusammen mit der Hardbrücke die einzige leistungsfähige Strassenverbindung zwischen Zürich Nord, der Flughafenregion sowie dem übrigen nordöstlichen Kantonsgebiet auf der einen und Zürich West sowie den bevölkerungs- und arbeitsplatzreichen Gebieten südlich des SBB-Gleiskorridors auf der anderen Seite. Die Rosengartenachse kann als Hauptschlagader durch das Herz des Kantons Zürich bezeichnet werden. Wenn der Strassenverkehr in die neuen Tunnel verlegt werden kann, wird Platz geschaffen für den dringend notwendigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Der öffentliche Verkehr mit den beiden neuen Tramlinien wird den zu erwartenden Mehrverkehr durch den Bevölkerungszuwachs aufnehmen.

Kein Tram ohne Tunnel – kein Tunnel ohne Tram

Bei der Volksabstimmung im Jahr 2010 hat die ganze Stadtbevölkerung mehr als deutlich Nein gesagt zu einem Rosengartentram ohne Lösung für die Strasse. Die Mehrheit der Bevölkerung weiss, dass sich der Verkehr nicht einfach wegzaubern oder verlagern lässt. Die Menschen müssen zu ihren Wohnungen und Arbeitsplätzen, sie müssen einkaufen oder zum Arzt, und sie wollen ins Kino oder Theater. Sie erhalten Lieferungen und empfangen Handwerker, die Läden müssen beliefert werden. Vieles davon lässt sich mit dem öffentlichen Verkehr abwickeln, aber eben nicht alles.

Finanzierung bereits gesichert

2,3 Kilometer Strassentunnel und 3,1 Kilometer Tramlinien haben ihren Preis. Die Gesamtkosten liegen bei rund 1078 Mio. Franken. Das Projekt hat Bedeutung für den ganzen Kanton, daher finanziert dieser den Grossteil der Kosten (1030 Mio. Franken). Das Geld kommt aus dem Verkehrsfonds und dem Strassenfonds sowie aus dem Agglomerationsprogramm des Bundes. Der Verkehrsfonds finanziert ca. 25 Prozent der kantonalen Kosten (Anteil öV), der Strassenfonds finanziert ca. 75 Prozent der kantonalen Kosten (Anteil MIV). Zusätzlich wird vom Bund eine Beteiligung an den kantonalen Kosten in der Höhe von 30 bis 40 Prozent angestrebt, was ca. 330 bis 440 Mio. Franken ausmacht. Dieser



Sonja Rueff-Frenkel

Anteil war bei ähnlichen Projekten bereits ausgerichtet worden. Die definitive Beteiligung teilt der Bund erst nach einem Ja bei der Volksabstimmung mit. Die Stadt Zürich beteiligt sich mit einem Anteil von 48 Mio. Franken. Sie trägt die Kosten für die Massnahmen zur Aufwertung und Umgestaltung von den betroffenen Strassen und Plätzen. Und was für die Kantonsbevölkerung wichtig ist zu wissen: Im Strassen- und Verkehrsfonds ist genügend Geld vorhanden für die Finanzierung des Rosengartenprojekts sowie der weiteren geplanten Projekte im Kanton. Ein Ja am 9. Februar verhindert also keine weiteren Strassenprojekte, sondern macht eine wichtige Verkehrsinfrastruktur fit für die Zukunft!

Sonja Rueff-Frenkel, Kantonsrätin

Abstimmung vom 9. Februar 2020

Nein zum Steuerexperiment der Juso

Die Steuerinitiative der Jungsozialisten gaukelt vor, dass nur einige wenige Personen mit sehr hohen Einkommen stärker zur Kasse gebeten werden sollen. Alle übrigen Einkommen würden entlastet. In Tat und Wahrheit ist die Vorlage aber ein gefährliches Steuerexperiment, das abgelehnt werden muss. Regierungs- und Kantonsrat, die Wirtschaftsverbände und Gemeinden sowie die FDP, SVP, glp, CVP, EVP, EDU und BDP empfehlen deshalb ein Nein.

Die Initiative der Juso klingt durchaus verführerisch: Fast alle Steuerzahler würden von der Anpassung der Steuersätze profitieren. Aber der Schein trügt. Die Hauptlast bei den Einkommenssteuern hätten jene 5 Prozent der Steuerpflichtigen zu tragen, welche die höchsten Einkommen zu versteuern haben. Die Abhängigkeit von diesen Personen würde massiv steigen, und schon wenige Wegzüge würden das ganze Steuersystem aus den Angeln heben.

Gemeinden sagen Nein

Jede Änderung am Steuertarif hat auch Auswirkungen

auf die Gemeindefinanzen. Mit der Juso-Steuerinitiative würde die Ungleichheit zwischen den Gemeinden drastisch zunehmen. Reiche Gemeinden würden reicher, arme Gemeinden wären die Verlierer. Selbstverständlich greift hier der Finanzausgleich ein. Aber er tut dies mit Verzögerung und würde klar überstrapaziert. Und auch der Kanton hätte einen Teil der Kosten zu tragen. Überdies würden über 20 Prozent der Steuerpflichtigen keine Einkommenssteuern mehr bezahlen, aber trotzdem mitbestimmen. Eine staatspolitisch bedenkliche Entwicklung! Ein solches Steuerexperiment auf

dem Buckel der Gemeinden ist verantwortungslos. Deshalb lehnen die Gemeinden und Städte die Initiative klar ab.

Keine Experimente beim Steuertarif

Unser Steuersystem ist fein austariert und erträgt keine dramatischen Eingriffe. Dies, weil die Auswirkungen schlicht nicht abgeschätzt werden können. Wenn mit der Initiative der Juso der Kanton Zürich für Gutverdienende definitiv zur Steuerhölle wird, ist damit zu rechnen, dass Wegzüge stattfinden werden. Wenn der maximale Spitzensteuersatz über 50 Prozent liegt, wird manch einer überlegen, ob ein Wohnsitz in Zug, Schwyz, St. Gallen oder Schaffhausen nicht eine Alternative wäre. Von den Vorzügen Zürichs kann man ja trotzdem bequem profitieren. Und wer dann diese Steuerausfälle zu kompensieren hätte, liegt auf der Hand: der Mittelstand.

www.nein-zur-juso-steuer-initiative.ch

Beatrix Frey-Eigenmann
Fraktionspräsidentin FDP

- Gefährliches Steuerexperiment mit ungewissem Ausgang
- Nicht durchdacht: Verschärfung der Heiratsstrafe
- Arme Gemeinden werden ärmer, reiche werden reicher
- Beispiellose Steuererhöhung und Spitzensteuersätze

Umverteilung mit Gewalt

NEIN

zur Juso-Steuer-Initiative

Regierung und Kantonsrat empfehlen ein **NEIN**.

Abstimmung vom 9. Februar 2020

Eine längst überfällige Chance für den Kanton Zürich

Der Kanton und die Gemeinden des Kantons Zürich schreiben einen Überschuss von 800 Millionen Franken jährlich – und das in den vergangenen drei Jahren. Eine schöne Zahl, ein schönes Polster. Wir Jungfreisinnige finden: Dieses Polster muss zurück an den Bürger.

Wenn wir den Mittelstand betrachten, sieht es bezüglich Steuerbelastung eigentlich rosig aus: Der Kanton Zürich belegt im interkantonalen Vergleich

Spitzenplätze. Doch was oft vergessen wird: Die Lohnabgaben und Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr, und der Mittelstand profitiert aufgrund seines relativ hohen durchschnittlichen Einkommens aber oft nicht mehr von Prämienverbilligungen oder anderen Leistungen. So hat er am Schluss meist nicht mehr im Portemonnaie als Personenkreise mit tiefen Einkommen.

Auch indirekt ist der Mittelstand unter Druck:

Einkommensstarke Personen meiden aufgrund der weiterhin hohen Besteuerung den Kanton und lassen sich stattdessen in unseren Nachbarkantonen nieder, wo die Steuern überall – teilweise deutlich – tiefer sind. Dass dies nicht nur eine Behauptung ist, sondern auf Fakten basiert, zeigen die Daten aus den kantonalen Statistikämtern: Während die

Fortsetzung auf Seite 7 oben

Fortsetzung von Seite 6

Anzahl Einkommensmillionäre in Zürich trotz Bevölkerungswachstum stagniert, steigen sie rund um unseren Kanton teilweise stark an. Auf der einen Seite fehlen so die entsprechenden Steuererträge, auf der anderen Seite arbeiten viele ebendieser Gutverdienenden in Zürich, wo wiederum Infrastrukturkosten anfallen. Und was tut unsere Politik?

Vor neun Jahren wurde der letzte Vorschlag zur Steuersenkung des Regierungsrats mit knapp 51 Prozent nur hauchdünn verworfen. Und seither ging nichts mehr. Entsprechend liegen wir bezüglich Besteuerung von tiefen und hohen Einkommen weiterhin auf den hinteren Plätzen. Die kantonale Strategie, den Mittelstand unter Druck zu setzen und steuerkräftige Personen in die Nachbarkantone ziehen zu lassen, ist zum Scheitern verurteilt.

Wollen wir uns wirklich abhängen lassen? Wollen wir den Schwarzen Peter weiterhin zwischen den Parteien hin und her schieben oder endlich unserem Credo gerecht werden und die Bürger steuerlich entlasten?

Die Mittelstandsinitiative bietet die Lösung. Die Initiative will die Steuerfreigrenze erhöhen, wobei tiefe Einkommen entlastet werden. Dank angepassten Progressionsstufen zahlt der Mittelstand weni-

Wie viel spare ich? (Am Beispiel einer in der Stadt Zürich wohnhaften natürlichen Person)

Steuerbares Einkommen in Franken	25 000	50 000	75 000	100 000	200 000
Ledige					
Entlastung in Franken	-350	-610	-810	-970	-1580
Entlastung in Prozent	-25%	-13%	-9%	-7%	-4%
Verheiratete					
Entlastung in Franken	-370	-740	-1150	-1330	-2240
Entlastung in Prozent	-58%	-23%	-17%	-12%	-7%

Auswirkungen der Mittelstandsinitiative auf die Einkommenssteuerbelastung (Kanton/Gemeinde/Kirche).

ger Steuern. Und mit einer Streichung der höchsten Progressionsstufe (13er) wird der Kanton Zürich für hohe Einkommen attraktiver. Die Steuererleichterungen sind gerade für den Mittelstand spürbar: So wird künftig eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 75 000 Franken rund 1150 Franken weniger Steuern zahlen – pro Jahr.

Der Mittelstand profitiert so gleich doppelt: Einerseits durch die direkte Steuersenkung im Umfang von rund 15 Prozent und andererseits indirekt, indem der Kanton für hohe Einkommen wieder attraktiver wird, was die Steuereinnahmen erhöht.

Der Kanton Zürich kann im Februar die Weichen stellen für eine bessere Positionierung im kantona-

len Standortwettbewerb. Wir haben es in der Hand, ob wir Zürich zu einem attraktiveren Kanton machen wollen. Die Jungfreisinnigen wollen der planlosen und unattraktiven Steuerpolitik endlich ein Ende setzen und gehen mit einem durchdachten und nachhaltigen Vorschlag mutig voran: Wir hoffen deshalb auf rege Unterstützung aus den Reihen der FDP für ein geschlossenes Ja zur Mittelstandsinitiative am 9. Februar!

Mehr Infos auf: www.mittelstandsinitiative.ch

Gioia Porlezza
Jungfreisinnige Kanton Zürich

Dank der FDP

Budget 2020 mit Überschuss verabschiedet

Das Budget 2020 wurde mit einem leichten Überschuss von 61 Millionen Franken verabschiedet. Der FDP-Fraktion gelang es, zusammen mit der SVP und der GLP Mehrheiten zu schaffen und so das Budget liberal zu prägen.

Mit Ausnahme der moderaten Steuerfussenkung – einer profilbildenden Niederlage – konnte die FDP alle ihre vor der Budgetdebatte gesetzten Ziele erreichen. So verabschiedete sie ein ausgeglichenes Budget, das der Verwaltung eine effiziente Erfüllung ihrer Kernaufgaben erlaubt und eine leistungsfähige Infrastruktur sicherstellt. Zudem schafft das Budget Handlungsspielraum für eine steuerliche Entlastung der natürlichen Personen und den zweiten Schritt der Unternehmenssteuerreform. Die FDP setzte Akzente bei der Entlohnung der Kantonsangestellten, bei Investitionen in die Bildung, beim Nachtflugverbot am Flughafen Zürich und in Umweltfragen. Sie wehrte sich gegen ein Aufblähen der Verwaltung, unterstützte aber eine moderate Lohnerhöhung und die zusätzliche 5. Ferienwoche für alle Kantonsangestellten und Lehrpersonen.

Bei den Investitionen für die Bildung erreichte die FDP, dass der Regierungsrat eine Leistungsmission, die vor drei Jahren überwiesen wurde, endlich

umsetzt. Mit ihr sollen die hohen Baustandards auf ein vernünftiges Mass reduziert werden, womit Geld für die Bildung freigespielt werden konnte. Anstatt in Beton soll in Bildung investiert werden.

Auch in Umweltfragen konnte die Fraktion Akzente setzen. Die FDP steht hinter dem Pariser Klimaabkommen und unterstützte deshalb einen entsprechenden Absenkpfad des CO₂-Ausstosses im Kanton Zürich. Ebenso unterstützte sie eine Erhöhung der jährlich zu revitalisierenden Gewässerabschnitte, verzichtete aber auf eine erneute zusätzliche Aufstockung des Naturschutzfonds, da sie im Grundsatz den Gegenvorschlag zur Naturinitiative unterstützt, der substanziell mehr Mittel für den Naturschutz vorsieht.

André Müller
Kantonsrat, Mitglied Finanzkommission
Christian Schucan
Kantonsrat, Mitglied Finanzkommission

AGENDA

9. Februar

Abstimmungssonntag

25. Februar

a. o. Delegiertenversammlung

29. Februar

Liberale Umweltpolitik: Workshop der Fachkommission Umwelt & Energie



FDP Bezirk Meilen

Gemeinden forcieren Klimaschutzprojekte

Fünf engagierte Goldküstengemeinden erreichen die Klimaschutzziele schneller, dank guter Teamarbeit.

Im November 2019 veranstaltete der bereits 2007 gegründete Verein «Zürich erneuerbar» einen spannenden Informationsabend mit vier freisinnigen Gemeinderäten. Trotz Kälte und Regen trafen sich 40 sehr interessierte Gäste in den alten Werkstätten der Chemiefabrik Uetikon am See.

Fukushima als Auslöser

Der freisinnige Uetiker Gemeinde- und Kantonsrat Christian Schucan rollte die Geschichte auf: Nach dem Unfall in Fukushima beschlossen im Jahr 2012 mehrere Goldküstengemeinden, die Energiewende gemeinsam im Team anzugehen, und suchten eine Trägerschaft. Schlussendlich bewarben sich die fünf sehr umweltengagierten Gemeinden Herrli-

berg, Küsnacht, Männedorf, Meilen und Uetikon beim Bundesamt für Energie für die offizielle Ausschreibung einer Energieregion Bezirk Meilen. Nach dem positiven Entscheid im Jahr 2014 erstellten sie in einer ersten Phase je eine Energiebilanz mit dem aktuellen Endenergieverbrauch pro Person nach Verwendungszwecken. Hier stand Küsnacht an der Verbraucherspitze mit 31 Megawatt-Stunden (MWh) pro Person und Jahr. Männedorf ist mit 24 MWh pro Person und Jahr am effizientesten.

Energiesparpotenzial von 60 Prozent!

Daraus wurde dann das Energiepotenzial für Energieeffizienz und Wärmeproduktion aus regionalen Energiequellen berechnet: Ganze zwei Drittel der

Energie könnte mit sinnvoller Effizienz eingespart werden! Das letzte Drittel könnte beinahe vollständig durch das grosse Potenzial an einheimischen Energiequellen ersetzt werden! Der grösste Anteil daran sollte durch die Nutzung der Sonnenenergie gewonnen werden, dicht gefolgt von der Wärme aus Geothermie und Grundwasser. Abwasser, Holz und Oberflächengewässer sind auch wichtige Energiequellen, gefolgt von Biomasse und Abwärme aus Industrie und Gewerbe.

Klimaschutzprojekte mit Herzblut

In der zweiten Phase wählte jede Gemeinde ihr bevorzugtes Projektthema, in dem sie die Führung übernahm. Ziel ist es, dass die einzelnen Projekterfolge mit minimalen Umsetzungskosten in jede Gemeinde multipliziert werden können. Uetikon engagiert sich für die Administration und Koordination der Energieregion sowie für eine regionale Energieberatung für Hausbesitzer. Aus Herrliberg erläutert Tiefbauvorstand Thomas Dinkel das neue Strom-Tankstellen-Netz und die sehr nachhaltige, zukünftige Strassenbeleuchtung vom Elektrizitätswerk Herrliberg. Gemeindepräsident Markus Ernst aus Küsnacht erklärt die diversen Fernwärmenetze. Die Gemeinde motiviert auch viele Private zum freiwilligen Mitmachen. In Männedorf wird die thermische Nutzung vom Seewasser getestet. Heini Bossert, Bauvorstand aus dem sonnigen Meilen, fördert Solarstrom-Anlagen auf den öffentlichen Gebäuden durch Crowdfunding. Allen Projekten geht jeweils eine mehr oder weniger lange Planungs- und Bewilligungsphase voraus. Erfolge stellen sich nur dank grossem Einsatz unserer Gemeindebehörden und mit Einwilligung der Stimmbürger ein, denen der Klimaschutz auch einige Steuerfranken wert ist. Viele höhere Investitionen werden dafür später durch tiefere Betriebskosten und mehr Klimaschutz belohnt.

Einmal mehr zeigt sich, dass in der FDP sinnvoller und effizienter Klimaschutz an der Basis seit vielen Jahren gelebt und umgesetzt wird, und dies ganz ohne neue Gesetzesvorschriften.

Bettina Schweiger
Präsidentin FDP Bezirk Meilen



Von links: Heini Bossert (Gemeinderat FDP, Meilen), Markus Ernst (Gemeindepräsident FDP, Küsnacht), Barbara Schaffner (Präsidentin Zürich erneuerbar), Christian Schucan (Gemeinderat Uetikon am See und Kantonsrat FDP), zwei Experten der Werke, nicht auf dem Bild Thomas Dinkel (Gemeinderat FDP, Herrliberg).

FDP Stadt Winterthur

Ausblick auf das Jahr 2020

Nach einem intensiven Wahljahr 2019 steht 2020 sachpolitische Knochenarbeit bevor. Ein Schwerpunkt ist die Stadtentwicklung. Die Stadthausstrasse soll für den Durchgangsverkehr gesperrt werden. Es besteht die Gefahr, dass immer weniger Kundschaft die Altstadtgeschäfte frequiert.

Einige Branchen wie beispielsweise das Gastgewerbe spüren diese Veränderungen bereits. Die FDP als Gewerbetypenpartei will nicht noch mehr Einschränkungen und unterstützt eine Einzelinitiative mit dem Ziel, ein Parkhaus hinter dem Stadthaus zu realisieren.

Winterthur soll nachhaltig von der wachsenden Soziallast entlastet werden. Da für die Gemeinden die Zusatzleistungen AHV/IV generell grosse Belastungen verursachen, hat sich der Kantonsrat mit der Anpassung des Zusatzleistungsgesetzes für eine ausgewogenere Soziallastenverteilung entschieden. Da gegen die Vorlage das Behördenreferendum ergriffen worden ist, wird 2020 das Volk das

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8



Dieter Kläy

letzte Wort haben. Mit dem Musikschulgesetz ist vergangenes Jahr eine gute Basis für die Musikschulen gelegt worden. 2020 behandelt der Kantonsrat das Lotteriefondsgesetz. Wir müssen die Chance packen, die Kultur auf eine solide und dauerhafte Grundlage zu stellen. Für Winterthur als Kulturstadt ist die Vorlage von besonderer Bedeutung.

Die Neuerungen des am 1. Januar 2018 in Kraft getretenen Gemeindegesetzes haben Auswirkungen auf die Winterthurer Gemeindeordnung. Die Totalrevision ist unbestritten. In Teilfragen wird es zu intensiven Debatten kommen. Dazu gehört z. B. die Reorganisation der Schulbehörden oder die Frage, ob ein Stadtratsmandat mit einem Mandat im Bundesparlament vereinbar ist oder nicht. Aus liberaler Sicht sind solche Unvereinbarkeitsklauseln abzulehnen. Entscheidet man sich aufgrund der Arbeitsbelastung aber für eine Unvereinbarkeit, kann ein Stadtratsmandat auch nicht mit einem Kantonsratsmandat vereinbar sein.

Die Stadtpartei will im Rahmen von FDP Urban einen Schritt weiterkommen, neue Ideen lancieren und Vorschläge, die einem urbanen Gedankengut zuwiderlaufen – wie beispielsweise das am 9. Februar 2020 zur Abstimmung gelangende Taxigesetz – bekämpfen.

In zwei Jahren stehen die Gesamterneuerungswahlen für den Gemeinde- und den Stadtrat an. 2020 wird die FDP Winterthur daran gehen, eine in Bezug auf Alter, Geschlecht und berufliche Tätigkeit breit abgestützte Gemeinderatsliste von 60 Kandidierenden zu bilden.

Dieter Kläy
Präsident FDP Winterthur

FDP Frauen Kanton Zürich

2020: 50 Jahre Zürcher Frauenstimmrecht

Das vergangene Jahr war mit den Wahlen auf nationaler und kantonaler Ebene für die FDP Frauen nicht nur aus politischer Sicht von grosser Bedeutung, sondern auch aus historischer: 2019 markierte das 50-Jahr-Jubiläum der Demonstrationen für Frauenstimmrecht und Gleichberechtigung. In Zürich trat das Frauenstimmrecht schon ein Jahr früher in Kraft – ein Grund zum Feiern.

Die Schweiz hatte die europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) bis damals nicht unterzeichnet, die beiden Geschlechtern gleiche Rechte zugesichert hätte. Man hatte einen Vorbehalt bezüglich des Frauenstimmrechts und der gleichen Bildung von Mädchen und Buben – aus heutiger Sicht komplett undenkbar, damals ein Fakt! Die Frauen skandierten an der Demonstration vom 1. März 1969 Sprüche wie «Mänscherächt für beidi Gschlächt». Demonstrierende Frauen hielten Schilder mit dem Gleichstellungsartikel 4 der Bundesverfassung (BV4) hoch.

Der «Marsch auf Bern» war nicht umsonst: Das Parlament sprach sich noch im selben Jahr gegen die Unterzeichnung der EMRK mit dem erwähnten Vorbehalt aus, und der Bundesrat brachte noch im selben Jahr eine Vorlage für das Frauenstimmrecht vor die eidgenössischen Räte. Am 7. Februar 1971

nahm die Schweizer Stimmbevölkerung mit 65,7 Prozent Ja-Stimmen das Frauenstimm- und -wahlrecht an und setzte dieser Diskriminierung ein Ende.

In Zürich war die Annahme des Frauenstimmrechts schon ein Jahr früher der Fall mit dessen Einführung am 15. November 1970. Am kommenden 3. Februar erinnert die Frauenzentrale Zürich, der grösste Dachverband von Frauenorganisationen im Kanton Zürich, deshalb mit einem Fackellauf an diesen historischen Moment. Die Frauenzentrale Zürich vereint rund 130 Kollektiv- sowie rund 1500 Einzelmitglieder. Die FDP Frauen Kanton Zürich sind ebenfalls Mitglied und mit der FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel im Vorstand vertreten.

Sibylla Stoffel-Hahn
Präsidentin FDP Frauen Kanton Zürich



Bild: Photopress-Archiv/Keystone



«Ich will Aufbruch»

Grosses Interview mit Petra Gössi

Petra Gössi ist auch nach vier Jahren an der Spitze der FDP noch hungrig. Im grossen Interview spricht sie über den Umgang mit Stress, ihre Pläne mit der FDP und die Sorgen der Menschen.

Petra Gössi, Parteipräsidentin zu sein, ist ein Verschleissjob. Sie wirken gar nicht müde. Dabei waren die letzten vier Jahre alles andere als ruhig. Stimmt, langweilig wurde es mir nie (lacht). Dass wir etwa bei den Volksabstimmungen so oft gewonnen haben, war auch das Ergebnis viel harter Arbeit. Hinzu kamen zwei Bundesratswahlen und diverse Grosseprojekte. Aber die Arbeit macht mir viel Freude.

Sie werden im April erneut als Parteipräsidentin antreten. Was motiviert Sie dazu? Ich spüre noch immer ein Feuer, die Zukunft dieser Partei zu gestalten. Wenn das nicht mehr vorhanden wäre, wäre ich nicht mehr angetreten. Ich bin aber auch überzeugt, dass wir als FDP, als liberale Kraft, in den kommenden Jahren gemeinsam noch viel erreichen können. Die Wahlen mögen kurzfristig ein Dämpfer gewesen sein. Aber ich bin überzeugt: Die FDP ist auf gutem Weg.

Sie haben es angetönt: Vor den Wahlen war die FDP lange auf dem Erfolgspfad, musste aber in den Wahlen 2019 teilweise schmerzliche Verluste hinnehmen. Was hat die Partei falsch gemacht? Ja, die Verluste schmerzen. Wir sind im Moment daran, die Ergebnisse der Wahlen im Detail bis April aufzuarbeiten und den zuständigen Gremien zu präsentieren. Einiges kann ich jetzt schon festhalten: Die mediale Debatte ging komplett neben den Prioritäten der Bevölkerung vorbei und hat zu einem monothematischen Wahlkampf geführt. Dies hat uns geschadet. Dann konnten wir aber auch nicht überall gleich gut mobilisieren. In einigen Kantonen gelang es, ein liberales Feuer zu entfachen – etwa in Fribourg, wo es Johanna Gapany in den Ständerat schaffte. Es gab aber leider auch zu viele negative Beispiele. Und wenn schlecht mobilisiert wird, kann man nicht gewinnen. Das zeigt einmal mehr: Wir müssen auf die Strasse, zu den Men-

schen und mit ihnen sprechen. Wir müssen wieder kämpferischer werden.

Wahlanalysen zeigen, dass die Rückbesinnung auf eine liberale Umweltpolitik richtig gewesen ist. Hätte es das vielleicht früher gebraucht? Dass es Handlungsbedarf in diesem Themenbereich gibt, war schon länger klar. Idealerweise hätte man den Beschluss, die Basis mit einer Umfrage einzubeziehen, schon früher gefällt. Wegen zwei Bundesratswahlen und einer wichtigen Abstimmung zur Altersvorsorge konnten wir dieses enorm aufwendige Projekt aber nicht früher in Angriff nehmen. Doch lieber spät als nie, denn ohne eine belastbare, demokratisch abgestützte Position in der Umweltpolitik wäre es schlimmer für uns gekommen. Nun konnten wir grössere Wählerverluste verhindern. Wir konnten sogar mehr Neuwähler hinzugewinnen als 2015.

Die Themen Umwelt, Klima und Energie dürften wichtig bleiben. Ist die FDP für 2023 besser aufgestellt? Wir müssen den Menschen in jedem Themenbereich liberale Lösungen bieten. Die Rückbesinnung auf unsere liberale Umweltpolitik ist eine Investition in die Zukunft. Daher ja, wir sind für die Zukunft besser aufgestellt. Sorgen bereitet mir eher das grössere Bild: Mit der Wahl 2019 ist

die Parteienlandschaft noch fragmentierter und polarisierter geworden. Damit wird die Mehrheitsfindung schwieriger. Zudem war nicht gut, dass die Parteien im Umfeld der «grünen Welle» in der öffentlichen Diskussion mit anderen Themen nicht durchdringen konnten.

Sie sagen, es sei schwierig gewesen, im Wahljahr mit anderen Themen als Umwelt und Klima medial durchzudringen. Erfüllen die Medien ihre Rolle noch? Die Frage ist, was mit den Medien als vierte Gewalt im Staat heute passiert. Das ist kein Angriff auf den Journalismus oder eine Kritik an der Arbeit vieler Journalisten, aber es findet eine Strukturveränderung statt. Die Leute lesen weniger Zeitung, hören weniger Nachrichten, schauen weniger «Tagesschau» – insbesondere junge Menschen. Wir als Partei müssen uns fragen, wie wir mit unseren Inhalten wieder die breite Bevölkerung erreichen – auch diejenigen, die sich nicht mehr über die Medien informieren. Nur so kann die Demokratie ihren Zweck erfüllen.

Wohin wollen Sie mit der FDP in den kommenden Jahren? Ich will, dass wir für die grossen Herausforderungen unseres Landes tragfähige Lösungen finden: den Wirtschaftsstandort, die Sozialwerke und das Gesundheitswesen sowie die Umwelt und das Klima. Dazu will ich eine Aufbruchstimmung in unserer Partei wecken. Ich will die liberalen Kämpferinnen und Kämpfer aktivieren. Wir Freisinnige und all unsere Exponenten müssen für unsere Überzeugungen und liberalen Positionen noch klarer hinstehen und kämpfen. In einem Wort: Ich will Aufbruch.

Werden wir konkreter. Altersvorsorge, Gesundheitskosten, Beziehungen zur EU: Es herrschen Reformstau und Blockade. Wie ist es möglich, wieder Bewegung ins System zu bringen? Bei den Sozialwerken und im **Gesundheitswesen** müssen wir einen breiten Konsens finden, wie wir das alles finanzieren. Die Linke sagt auch bei den Gesundheitskosten immer: Der Staat muss zahlen. Was sie damit tatsächlich meint, ist: Die Steuerzahler, wir alle, zahlen das. Die CVP-Initiative taugt nicht viel mehr: Sie benennt zwar ein Problem, aber schlägt absolut keine Lösungen vor. Wir haben 2019 ein erstes Papier vorgelegt entlang der Leitlinie Qualität–Effizienz–Eigenverantwortung. Und wir werden in nächster Zeit nachlegen.

Auch im Bereich der **Altersvorsorge** muss rasch gehandelt werden, und auch hier haben wir Lösungen. Wir müssen endlich die strukturellen Probleme angehen und reinen Wein einschenken. Auch das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir müssen auf Neudeutsch «out of the box» denken und uns nicht vor unbequemen Diskussionen fürchten, genau wie das Philipp Müller gemacht

«Wir Freisinnige müssen für unsere Überzeugungen und liberalen Positionen noch klarer hinstehen und kämpfen. In einem Wort: Ich will Aufbruch.»

hat, als er die Idee der Abschaffung des Rentenalters letzten Herbst vorgebracht hat.

Dann müssen wir uns auch bewusst sein, dass unser Wohlstand in der Schweiz nicht gottgegeben ist. Ein selbstbestimmtes Leben führen kann nur, wer auch einen Job hat. International verdüstert sich die Lage. Wenn wir den **Wirtschaftsstandort** Schweiz stark halten wollen, müssen wir uns um Bildung und Forschung, Aussenhandelspolitik, Migration, moderne Arbeitsplatzmodelle und die Beziehungen zur Europäischen Union kümmern.

Im Bereich **Klima und Umwelt** ist klar: Wir wollen auch in Zukunft eine Lebensgrundlage haben und dürfen nicht Klima, Umweltschutz und Energiebedarf gegeneinander ausspielen. Wir haben unsere Vorschläge präsentiert und werden konsequent weiterarbeiten, um zu verhindern, dass unter dem grünen Vorwand plötzlich rote Rezepte eingeführt werden. Die Grünen wollen erneuerbare Energien, wehren sich aber gegen einen Ausbau der Wasserkraft

oder gegen neue Windräder. Will man die Energiewende, muss man auch ehrlich sein. Oder man gibt einfach zu, dass man zurück in die Steinzeit will.

Die FDP hat 2019 erstmals systematisch und im grossen Stil Door-to-door-Wahlkampf betrieben. Sie waren einige Male selbst unterwegs. Hat sich die Methode ausgezahlt? Wie geht es mit dem Team FDP weiter? Der Haustürwahlkampf steht für das, was ich vorher erwähnte: Aufbruch. Mit den Leuten sprechen. Kämpfen. Wir haben 2019 damit begonnen, aber wir werden das Instrument noch verfeinern und noch breiter einsetzen. Noch sind wir daran, die Analysen zu erstellen. Aber die Rückmeldungen sagen von allen Seiten: Es hat sich gelohnt. Der direkte Kontakt kommt bei der Bevölkerung gut an und erlaubt uns, die Probleme der Menschen besser zu verstehen und schneller zu erkennen. Das deckt sich übrigens völlig mit meinen persönlichen Erfahrungen.



«Ich wünsche mir für die nächsten Jahre einen kämpferischen Freisinn»: Petra Gössi bei ihrer Rede an der DV in Schindellegi SZ.



Problem an der Wurzel packen

Die Initiative der Jungfreisinnigen bietet aus zweierlei Gründen einen echten Ansatz zur Lösung der finanziellen Probleme unseres wichtigsten Sozialwerkes: Zum einen setzt die Initiative auf die schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Damit setzen wir beim entscheidenden Grund für die finanzielle Schieflage des Systems an: Wir werden immer älter. Unser Vorschlag sorgt dafür, dass die unvermeidlichen Zusatzkosten aus der höheren Lebenserwartung fairer auf alle Generationen verteilt werden. Zum anderen bietet die Initiative mit der Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung eine nachhaltige Lösung, weil sie damit zusätzliche – und oftmals wenig weitsichtige – Hauruckübungen zur kurzfristigen Sicherung der strukturellen Finanzierungsprobleme unnötig macht.

Ihre Unterstützung ist wichtig

Unsere Volksinitiative zielt auf die nachhaltige Sicherung unserer Renten ab. Die Unterschriftensammlung verläuft bislang gut. Unsere Mitglieder sind hochmotiviert und regelmässig auf den Strassen und an Veranstaltungen anzutreffen. Es ist sehr zu hoffen, dass unsere Renteninitiative zustande kommt und sich die Bevölkerung mit einer wirklich nachhaltigen Reform der Altersvorsorge auseinandersetzen kann. Dafür sind wir auf ihre wertvolle Unterstützung angewiesen: Unterschreiben Sie noch heute den Initiativbogen. Erklären Sie Freunden und Bekannten, wofür unsere Initiative steht. Setzen wir uns gemeinsam ein für eine langfristig stabile Finanzierung der Altersvorsorge – vielen Dank!

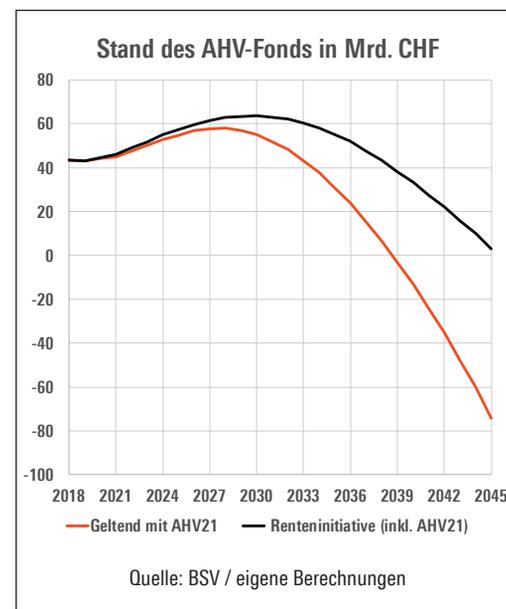
Matthias P.A. Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen will mittelfristig das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und langfristig eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Damit sichert sie die Renten der Zukunft.

Ein neues Jahr bietet Anlass, Vorsätze zu fassen, Hoffnungen zu schöpfen, aber auch Wünsche zu verspüren. Mein Neujahrswunsch ist, dass das Jahr 2020 zum Jahr der Altersvorsorge wird. Es ist bekannt: Die Altersvorsorge bleibt laut einer Umfrage der Credit Suisse die grösste Sorge von uns Schweizerinnen und Schweizern. Die Bevölkerung erwartet von der Politik nachhaltige Lösungen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die letzten eidgenössischen Vorlagen – es sei hier an die AHV-plus-Initiative und das Reformpaket «Altersvorsorge 2020» erinnert – an der Urne Schiffbruch erlitten haben. Wir Jungfreisinnige haben bei beiden Vorlagen gemeinsam mit der FDP an vorderster Front für ein Nein gekämpft – und damit Schlimmeres verhindern können. Aber nicht nur das: Es ist uns auch gelungen, insbesondere den Sorgen der jüngeren Generationen gebührend Gehör zu verschaffen.

Die Jungfreisinnigen übernehmen Verantwortung

Die Ausgangslage ist bekannt: Die erste Säule ist seit längerem defizitär. In etwa 20 Jahren geht der AHV das Geld aus (siehe Grafik). Wir müssen sie deshalb reformieren, sodass alle Generationen eine Chance auf eine anständige Rente haben. Wir Jungfreisinnige haben im Bestreben, die Renten der Zukunft langfristig zu sichern, vor gut zweieinhalb Monaten unsere Renteninitiative lanciert. Diese Volksinitiative sieht im Wesentlichen vor, dass das Rentenalter für beide Geschlechter gleich ist. Um die höheren Ausgaben aufgrund der steigenden Lebenserwartung in der AHV zu finanzieren, soll das Rentenalter um jeweils 2 Monate pro Jahr angehoben werden, bis es mittelfristig das Rentenalter 66 erreicht hat. Langfristig soll das Rentenalter sodann an die Lebenserwartung gekoppelt werden.





«Ich begrüsse die Renteninitiative»

Ein Kommentar

Die AHV ist unsere wichtigste Sozialversicherung und gewährleistet eine Grundsicherung im Alter. Ihre Stabilität ist jedoch gefährdet. Zum einen werden wir immer älter und beziehen länger eine Rente. Zum anderen sinkt der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung, die die AHV mit Lohnanteilen finanziert. Die jüngere Generation wird damit immer stärker belastet. Die Debatte um die Altersvorsorge 2020 und die Diskussion um die Sanierung der AHV haben jedoch die Jungen für das Problem sensibilisiert. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen zeigt den richtigen Weg auf, wie wir unser Rentensystem an die demografischen Gegebenheiten anpassen können.

Die FDP befürwortet eine dreistufige Reform der AHV: Eine kurzfristige Atempause verschafft ihr die Zusatzfinanzierung, welche mit der Annahme der AHV-Steuervorlage (STAF) beschlossen wurde. Die mittelfristige Sicherung der Finanzierung der AHV muss über die AHV21-Vorlage erfolgen, die der Bundesrat vorgelegt hat, wobei diese im Parlament noch anzupassen ist. Wichtige Elemente sind die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau und eine massvolle Erhöhung der Mehrwertsteuer. Schliesslich muss bis zum Ende der laufenden Legislatur eine strukturelle, d.h. echte Reform der AHV aufgelegt werden. Denkbar sind

die Einführung einer Schuldenbremse in der AHV oder die Anhebung des Rentenalters, um dieses mit der Entwicklung der Lebenserwartung in Einklang zu bringen. Hier setzt die Initiative der Jungfreisinnigen an. Denn wollen wir die AHV nachhaltig

sichern, müssen wir sie den veränderten Gegebenheiten anpassen.

Fundamente geraten ins Wanken

Der demografische Kontext hat sich seit Mitte des letzten Jahrhunderts radikal verändert. Unsere Lebenserwartung ist von 75,7 (Frauen) bzw. 69,7 Jahren (Männer) im Jahr 1967 auf 85,4 bzw. 81,4 im Jahr 2017 gestiegen. Dies ist erfreulich für uns alle, bedeutet aber auch, dass wir entsprechend länger eine Rente beziehen als noch bei der Einführung der AHV. Aufgrund tieferer Geburtenraten verschlechtert sich zudem das Verhältnis von erwerbstätiger Bevölkerung zu Rentnern. Im Jahr 1948 betrug das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnern 6,5:1. Im Jahr 2019 kamen noch 3,4 Erwerbstätige auf einen Rentner, und 2050 werden zwei Erwerbstätige für einen Rentner aufkommen müssen. Die Generationensolidarität wird damit stark strapaziert. Bereits seit 2014 reichen die jährlichen Zuflüsse nicht mehr aus, um die Ausgaben der AHV zu decken. Geht es so weiter, wird der AHV-Fonds bis 2034 leer sein.

Das Tabu muss fallen

Angesichts dieser Zahlen ist die FDP nicht bereit, die Anhebung des Rentenalters zu tabuisieren. Eine erste Anpassung im Rahmen der AHV21-Reform, mit der Harmonisierung des Rentenalters auf 65 Jahre, ist unerlässlich. Ohne zusätzliche strukturelle Massnahmen wird unser Rentensystem jedoch sein zentrales Versprechen nicht einlösen können. Dass die Jungfreisinnigen mit ihrer Initiative die Diskussion nun lancieren, ist sehr zu begrüßen. Sie zeigen auf, wie das Rentenalter entpolitisiert und an klare Kriterien gebunden werden kann.

Renteninitiative ist begrüßenswert

Eine sichere Altersvorsorge ist eines der wichtigsten Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer. Eine nachhaltige Sanierung der AHV ist deshalb ein Gebot der Stunde. Wer während seines gesamten Erwerbslebens Beiträge leistet, muss auch in Zukunft mit einer angemessenen Rente rechnen können. Die Babyboomer-Generation erreicht jetzt das Rentenalter, und wir stehen an einem Wendepunkt. Ich begrüsse es sehr, dass die Jungfreisinnigen dieses Problem angehen und eine gleichzeitig einfache wie vernünftige Lösung vorschlagen, nämlich das Rentenalter an die Lebenserwartung zu koppeln.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

«Die Jungfreisinnigen lancieren die längst fällige Diskussion darüber, wie das Rentenalter an klare Kriterien gebunden werden kann.»



BVG-Reform ohne teures Umverteilungsmonster

Reform 2. Säule: Vorschlag Gewerbeverband

Die berufliche Vorsorge muss rasch reformiert werden. Dabei gilt es, die Kosten im Griff zu halten. Und es ist konsequent auf systemfremde Umverteilungen zu verzichten, so der Gewerbeverband.

Der heutige BVG-Mindestumwandlungssatz von 6,8 Prozent kostet die Aktiven sehr viel Geld und gefährdet die Vorsorgeeinrichtungen. Eine rasche Senkung ist unumgänglich. Dies führt im BVG-Obligatorium zu sinkenden Renten. Diese Einbusen gilt es zu kompensieren.

Vorschlag des Gewerbeverbandes

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv hat dem Bundesrat einen Reformvorschlag unterbreitet. Bei jährlichen Mehrkosten von 1,3 Milliarden Franken sieht dieser eine weitgehende Kompensation der Renteneinbusen vor. Auch der Pensionskassenverband ASIP hat ein valables Modell erarbeitet. Die-

ses ist mit Mehrkosten von 2 Milliarden Franken teurer, geht dafür aber auch einen Schritt weiter, indem es eine noch stärkere Senkung des Mindestumwandlungssatzes propagiert.

Zusatzrenten mit der Giesskanne

Leider hat sich der Bundesrat für den mit Abstand teuersten Lösungsansatz entschieden: Über 3 Milliarden Franken jährliche Mehrkosten verursacht das vom Arbeitgeberverband unterstützte Modell der Gewerkschaften. Dieses sieht neben eigentlichen Kompensationsmassnahmen neu monatliche Zusatzrenten von bis zu 200 Franken vor, die nach dem Giesskannenprinzip an alle Neurentner zu verteilen wären. Diese Zusatzrenten würden die Reform gewaltig verteuern und zu einer Sozialisierung der 2. Säule führen. Das bewährte Drei-Säulen-Prinzip würde zerstört.

Junge haben das Nachsehen

Zur Finanzierung der Zusatzrenten müsste ein zusätzliches halbes Lohnprozent eingefordert werden. Das schwächt die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten, mildert unseren Wohlstand und gefährdet Arbeitsplätze. Hauptleidtragende wären erneut die Jungen. Diese müssten das System am längsten mitfinanzieren, erhielten wegen der geforderten degressiven Ausgestaltung der Zusatzrenten später aber bloss noch Brosamen.

Renteninitiative liegt goldrichtig

Eine Umverteilung in der 2. Säule ist systemwidrig. Der soziale Ausgleich soll in unserer Altersvorsorge wie bis anhin über die AHV erfolgen. In der 2. Säule muss dagegen weiterhin das Einlageprinzip gelten. Zusatzrenten stellen einen ersten Schritt in Richtung Einheitskasse oder Volksrente dar und sind daher entschieden abzulehnen. Die berufliche Vorsorge darf nicht zu einer Parallel-AHV umfunktioniert werden.

Langfristig führt kein Weg an einer generellen Erhöhung des Rentenalters vorbei. Die Volksinitiative der Jungfreisinnigen liegt daher goldrichtig.

Hans-Ulrich Bigler

Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Reformvorschläge für die 2. Säule: Das sagt die FDP

Die Sozialpartner wurden 2018 vom Bundesrat beauftragt, gemeinsam einen Reformvorschlag für die 2. Säule zu präsentieren, was die FDP ausdrücklich begrüsst hatte. Leider sind sie sich nicht alle einig. Auf Basis der Mehrheitsvariante von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband hat der Bundesrat vor Weihnachten einen Vorentwurf in die Vernehmlassung geschickt. Die FDP begrüsst weite Teile der vorgeschlagenen Massnahmen, jedoch bestehen beim Kompensationsmodell – dem Rentenzuschlag – Fragezeichen.

Der Vorschlag von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband enthält durchaus positive Elemente. Die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent mildert die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt. Die vorgeschlagenen angeglichenen Altersgutschriften entsprechen dem Modell der FDP, das im Rahmen der parlamentarischen Beratungen der Reform AV2020 von der Mitte-links-Mehrheit abgelehnt worden war. Ältere Arbeit-



Der austarierte Sozialpartnerkompromiss stabilisiert und modernisiert die zweite Säule. Die berufliche Vorsorge braucht diese Reform so rasch als möglich, sagt der Arbeitgeberverband.

Niemand würde das eigene Haus auf Treibsand bauen. Hält der Boden nicht, dann halten auch die stärksten Mauern nicht. Genau dieses Szenario droht der Altersvorsorge im Allgemeinen und der beruflichen Vorsorge im Speziellen, wenn es nicht bald zu Reformen kommt. Wir bauen auf zunehmend morschem Fundament, denn die obligatori-

sche berufliche Vorsorge (BVG) krankt an überhöhten Rentenversprechen.

Kompromiss korrigiert strukturelle Defizite

Um diesem Missstand Einhalt zu gebieten, haben der Gewerkschaftsbund, Travail.Suisse und der Arbeitgeberverband (SAV) zusammen den Sozial-

nehmende werden dank tieferer Lohnkosten auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr benachteiligt. Für die jüngeren Generationen wiederum bilden die Anhebung der Altersgutschriften und die Senkung des Koordinationsabzugs eine langfristige Kompensation der Senkung des Umwandlungssatzes. Die Senkung des Koordinationsabzugs ist ausserdem ein wichtiger Schritt, damit Personen mit kleinen Arbeitspensen oder tiefen Löhnen von

einer besseren Altersvorsorge profitieren können. Unbestritten ist auch, dass es für alle, die in den nächsten Jahren in die Pension gehen, eine zusätzliche Kompensation braucht.

Keine Kompensation mit der Giesskanne

Dem Kompensationsvorschlag steht die FDP kritisch gegenüber. Die Einführung einer systemwidrigen Umlagekomponente im BVG ist proble-

partnerkompromiss erarbeitet. Der Bundesrat hat kürzlich auf dieser Basis ein Vernehmlassungsverfahren gestartet. Der Kompromiss korrigiert die größten strukturellen Defizite: Erstens wird das Rentenniveau trotz sofortiger Reduktion des rentenbildenden Mindestumwandlungssatzes auf 6 Prozent gehalten. Dank dieser Senkung wird die Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern deutlich reduziert. Zweitens werden Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen und Teilzeitbeschäftigte besser versichert. Davon profitieren besonders Frauen in Form von höheren Renten. Drittens werden ältere Arbeitnehmer dank tieferen Beitragssätzen für die berufliche Vorsorge am Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger.

Gut austarierter Zuschuss

Damit auch bei den unmittelbar nach Inkrafttreten der Reform in Pension gehenden Erwerbstätigen das Rentenniveau gehalten werden kann, braucht es für diese sogenannte Übergangsgeneration einen solidarisch finanzierten Zuschuss. Diesen garantierten Rentenzuschlag erhalten die ersten 15 Jahrgänge. Aus einer bürgerlichen Sicht mag dieses Element störend sein. Doch ermöglicht es nicht nur den Kompromiss, sondern macht die Lösung auch für gewerbliche Branchen finanzierbar. Der Sozialpartnerkompromiss ist mit Kosten von 0,8 Prozent Lohnbeiträgen, die je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt werden, gut austariert.

Rentaltererhöhung unumgänglich

Mit dem Sozialpartnerkompromiss können nicht alle Probleme aus der Welt geschaffen werden. Jedoch wird damit die berufliche Vorsorge wieder auf ein solideres Fundament gestellt. Daneben bleibt eine generelle Rentaltererhöhung, wie sie auch die Jungfreisinnigen mit der Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» fordern, unumgänglich. Richtigerweise findet diese Diskussion aber in der AHV-Debatte statt.

Roland A. Müller

Direktor Arbeitgeberverband

matisch, gerade weil die Kosten für die Kompensation hauptsächlich bei den jungen Generationen anfallen. Die 3. Säule steht bekanntermassen für individuelles Sparen – sie soll nicht die umverteilende Rolle der AHV übernehmen. Der Kompensationsmechanismus darf nicht dem Giesskannenprinzip folgen. Andere Optionen müssen geprüft werden.

Josef Dittli, Ständerat UR



Standpunkte

Leserinnen und Leser schreiben, was sie bewegt.

Ökologie gehört zum Freisinn

Inhalt und Tragweite des Liberalismus gründen in Würde, Freiheit und Lebenschancen aller Menschen, unabhängig von ihrem rechtlichen und sozialen Status. Der politische Liberalismus in der Schweiz, wie er von der FDP seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vertreten wurde, war immer ein republikanischer Liberalismus, der sich durch ein konstruktiv-kritisches Verhältnis zum «eigenen» Verfassungsstaat auszeichnete. Dieser Liberalismus wendet sich nicht gegen jede Staatlichkeit an sich, sondern gegen jedes Übermass an Staatsverantwortung. Freiheitschancen sind mit und gegen den Staat zu gewährleisten.

Liberalismus auch für die Nachwelt

Wir wissen, dass Freiheitsausübung in aller Regel auf Freiheitsbedürfnisse von Mitmenschen trifft, die mit gleichem «Recht» auf Schutz und Entfaltung pochen. Und sie trifft auf Freiheitsbedürfnisse von kommenden Generationen, denn die Natur steht allen Generationen gleichermassen zu. Der Liberalismus muss auch auf die Nachwelt bezogen werden. Liberale Politik erweist sich deshalb in aller

Regel als Wert- und Interessenabwägung zwischen verschiedenen aktuellen und künftigen Freiheitsanliegen, worauf ich immer wieder, zuletzt in meiner Biografie «Alles mit Mass. Gedanken und Geschichten aus dem Leben eines Grenzgängers» (2019), hingewiesen habe.

Ökologisches Erbe der FDP

Die ökologische Sicht auf Freiheits- und Lebensbedürfnisse nachfolgender Generationen war in der FDP der Nachkriegszeit stets präsent, freilich mit unterschiedlichem Gewicht. Nach meiner Erfahrung war sie in der Partei stets stärker vertreten als in der Fraktion der Bundesversammlung. An dieser Stelle können die einzelnen Etappen der Entwicklung nicht näher beleuchtet werden, Stichworte müssen genügen: Bereits 1973 findet sich im grundsätzlichen Teil des Parteiprogramms der FDP unter dem Titel «Liberalismus heute» der visionäre Satz: «Die heutigen und die künftigen Generationen haben Anspruch auf ausreichende natürliche Lebensgrundlagen. Ihrer Sicherstellung ist jede menschliche Tätigkeit unterzuordnen; der Staat legt die nötigen Prioritäten

Schreiben auch Sie uns Ihre Meinung!

Bitte schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail und geben Sie uns Name, Adresse und Telefonnummer an, damit wir den Beitrag publizieren können. Unsere Adresse: schoy@fdp.ch.

fest.» Das Bekenntnis zu einer liberalen Umweltpolitik wurde in späteren Thesen und Postulaten erneuert und ausgebaut, etwa in einem Manifest zum Umweltschutz 1986. Schon vorher entstanden in gewissen Kantonalparteien Reformgruppen, die sich vehement für einen wirksamen Umweltschutz einsetzten, etwa in Baselland, Solothurn und St. Gallen. Mein Wahlkampf 1987 in den Ständerat stand unter dem Motto «Ökoliberalismus».

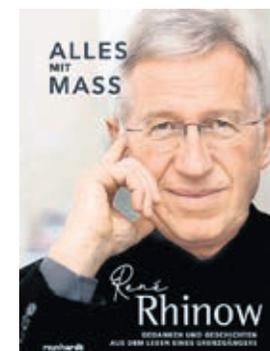
Nicht Kehrtwende, sondern Rückbesinnung

Einen grossen Schritt in die ökologische Zukunft machte die FDP 1991 mit ihrem Manifest «Freiheit heute und morgen – Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt» in Vevey, das auch heute noch jedem Freisinnigen zur Lektüre empfohlen werden kann. «Freiheit ... erfordert Rücksichtnahme auf Würde und Freiheit der Mitmenschen von heute und morgen. Sie muss mit der Fortdauer menschenwürdigen Lebens auf Erden verträglich sein.» Ab 1991 wurden marktwirtschaftliche Instrumente wie Lenkungsabgaben im Umwelt- und Energiebereich in die Parteiprogramme aufgenommen, allerdings unter der Bedingung, dass diese keinerlei fiskalische Nebenzwecke verfolgen. In der Fraktion der Bundesversammlung setzten sich in den 1990er-Jahren viele Freisinnige für Natur- und Umweltschutzanliegen ein. Der aktuelle Positionsbezug der FDP Schweiz stellt somit keine Kehrtwende dar, sondern eine Rückbesinnung auf bereits früher vertretene Werte.

René Rhinow

Ständerat 1987–1999, Ständeratspräsident 1999

Dies ist die Kurzfassung eines Artikels in der NZZ vom 30. Dezember 2019.



Die Biografie «Alles mit Mass» von René Rhinow, erschienen im Friedrich Reinhardt Verlag.

«Der aktuelle Positionsbezug der FDP Schweiz stellt keine Kehrtwende dar, sondern eine Rückbesinnung auf bereits früher vertretene Werte.»

NEIN
am 9. Februar



Wohnbauinitiative

Nein zur Mieterverbandsinitiative

Schweizweit standen letztes Jahr über 75 000 Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt leer (Zahl steigend). Trotz dieser Sachlage hat der Mieterverband Schweiz im Jahr 2015 zusammen mit dem Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), der SP Schweiz und den Grünen die nationale Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen», welche am 9. Februar 2020 vors Volk kommt, lanciert. Die Initiative hat zum Ziel, das Angebot an preisgünstigem Wohnraum schweizweit zu erhöhen.

Die Initianten wollen mit dieser Initiative das Angebot an preisgünstigem Wohnbau erhöhen. Dies, indem der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen dafür sorgen soll, dass mindestens 10 Prozent aller Neubauten im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind.

Leerwohnungsstände in Kantonen und Gemeinden völlig verschieden

Doch wie angespannt ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt in der Schweiz wirklich, und wie spiegelt sich dies in Zahlen wider? Vergleicht man die Entwicklung der Leerwohnungsbestände in den letzten 35 Jahren miteinander, sieht man gut, dass in den letzten 20 Jahren in der Schweiz noch nie so viele Wohnungen leer standen wie heute (über 75 000).

10-Prozent-Quote in den Städten überschritten

Heute stellt die Wohnungssuche nur in den Gross-

städten (wie Genf, Basel und Zürich) eine Herausforderung dar. Jedoch besitzen diese grossen Städte bereits eine eigenständige Wohnpolitik, um bezahlbare Wohnungen zu gewährleisten und zur Verfügung zu stellen. In Zürich sind sogar schon über 25 Prozent der Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Wohnbauträger – die 10-Prozent-Quote wäre hier somit längst überschritten.

Zudem wird das sozialpolitische Ziel des gemeinnützigen Wohnungsbaus schon heute massiv verfehlt, denn nur ein Viertel der Genossenschafter gehört zu den ärmsten 20 Prozent, die eine vergünstigte Wohnung am nötigsten hätten. Die Wohnun-

gen gemeinnütziger Wohnbauträger sollten aber «wirtschaftlich oder sozial benachteiligten Personen» zugutekommen – so ist es im Wohnraumförderungsgesetz bestimmt. Die Genossenschaften halten sich bei der Vergabe jedoch nur sehr bedingt an diese Vorgabe.

Eine Viertelmilliarde Franken bei der Ablehnung der Initiative für gemeinnützigen Wohnungsbau

Niemand wird sich gegen bezahlbaren Wohnraum wehren wollen, somit ist das Problem sicherlich nicht das Ziel: denn der gemeinnützige Wohnungsbau ist in der Schweiz breit verankert und wird national, kantonal und kommunal bereits heute stark



Amélie Evard

gefördert. Dies wird auch in Zukunft weiterhin so gehandhabt: Das Parlament hat nämlich im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags beschlossen, den gemeinnützigen Wohnungsbau sogar zusätzlich mit einer Viertelmilliarde Franken weiterhin zu fördern, falls die Initiative nicht angenommen wird. Von einem Ja profitieren lediglich diejenigen, die eine Wohnung in einer Genossenschaft wünschen und erhalten. Alle anderen bezahlen die Folgen, die die Initiative verursacht, mit ihren Steuergeldern.

Aus diesen und noch weiteren Gründen empfehle ich Ihnen (analog allen bürgerlichen Parteien und Mitteparteien sowie der Bundesrat) ein Nein zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen».

Amélie Evard, Master-Mentee, Stadträtin Nidau (Stadtratspräsidentin 2019) sowie Sektionspräsidentin, Kanton Bern

«Nur ein Viertel der Genossenschafter gehört zu den ärmsten 20 Prozent.»



Es herrscht Aufbruchstimmung

Delegiertenversammlung in Schindellegi SZ

Die Delegierten haben an ihrer ersten Versammlung des Jahres in Schindellegi den Wunsch nach einem liberalen Aufbruch bekräftigt und drei Parolen gefasst.

Die neue Legislatur wird eine grosse Herausforderung. Die SP und Grünen liefern sich ein Rennen, wer den reineren Sozialismus predigt. Die neugruppierte Mitte um die CVP wird ihre Fahne noch stärker in den Wind hängen und damit zu einer unberechenbaren Kraft werden, befreit von eigenen Werten. Von den konservativen Kräften ist nach wie vor mehr Klamauk anstelle von sinnvollen Lösungen zu erwarten. In diesem Umfeld muss die FDP kämpferischer werden.

Wie Petra Gössi in ihrer Rede betonte, müssen wir sicherstellen, dass alle Menschen eine Arbeitsstelle haben und ihr Leben selbstbestimmt führen können. Bei den Sozialwerken und im Gesundheitswesen wollen wir endlich für eine Deblockade

sorgen. Und in der Umwelt- und Klimapolitik gilt es zu verhindern, dass unter dem Vorwand grüner Anliegen rote Rezepte eingeführt werden. Neben dem Fokus auf diese Themenbereiche wollen wir uns als Partei auch strukturell weiterentwickeln und etwa die Meinung unserer Basis direkter in den verschiedenen Organen miteinbeziehen.

Delegierte wollen Unterschriftensammlung der Renteninitiative unterstützen

Die rund 330 Delegierten beschlossen ohne Gegenstimme, die Unterschriftensammlung für die Renteninitiative der Jungfreisinnigen zu unterstützen. Zwar bedeutet dies nicht automatisch eine Ja-Parole, denn die inhaltliche Positionierung erfolgt erst

später. Doch der Entscheid passt zur Resolution zur Altersvorsorge vom Mai 2019.

Parolen für die kommenden Abstimmungen, Nein zur Kündigungsinitiative

Die Delegierten haben auch über die bevorstehende Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 diskutiert. Sie sagen Ja zur Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm und Nein zur Wohnbauinitiative des Mieterverbands. Schliesslich hat die Versammlung auch sehr deutlich die Nein-Parole zur Kündigungsinitiative gefasst, über die die Stimmbevölkerung später in diesem Jahr abstimmen wird. Es handelt sich ohne Zweifel um eine Bilateralen-Kündigungs-Initiative, denn ein Ja wäre nicht nur das Ende des Freizügigkeitsabkommens, sondern aller sieben Verträge der Bilateralen I. Sie sind jedoch von grösster wirtschaftlicher Bedeutung und ein wichtiger Grund für den Wohlstand der Schweizerinnen und Schweizer.

Sie finden die Bildergalerie der Versammlung auf www.fdp.ch oder indem Sie das Bild mit der XTEND-App scannen.





Sieben Tage, um das Leben umzustellen

Maja Riniker stellt sich vor

1995, vor 25 Jahren, stand Maja Riniker als Teilnehmerin der Jugendsession zum ersten Mal am Rednerpult im Nationalratssaal und wünschte sich schon damals, eines Tages in diesen Saal zurückzukehren – nun ist sie Nationalrätin.

Aufgewachsen bin ich zusammen mit zwei Geschwistern in Lenzburg. Nach dem KV mit Berufsmaturität habe ich an der Fachhochschule Betriebsökonomie studiert. Heute wohne ich zusammen mit meinem Mann und unseren drei Kindern (12, 10 und 9 Jahre) in Suhr bei Aarau. Im Teilzeitpensum bin ich für die Finanzen einer Gruppenarztpraxis zuständig, im Vorstand vom HEV Aarau Kulm sowie als Verwaltungsrätin einer Regionalbank engagiert.

Früh Verantwortung übernommen

Als Klassensprecherin an der Schule, als FH-Studentenvertreterin sowie als Pfadileiterin übernahm ich schon im jungen Alter Verantwortung. All diese Erlebnisse haben mich darin bestärkt, mich für Gesellschaft und Politik zu engagieren. Unser von der Miliz geprägtes Land braucht engagierte Bür-

ger, ob nun in den unzähligen Vereinen, der Feuerwehr oder auch in der Politik. Nach acht Jahren als Schulpfleglerin durfte ich von 2014 bis 2019 als Grossrätin im Kanton Aargau politisch tätig sein.

Tür-zu-Tür-Wahlkampf als Erlebnis

Der Wahlkampf 2019 war eine intensive, aber durchwegs positive Erfahrung. Ich erinnere mich sehr gut an den Samstagmorgen im Mai, als ich zum ersten Mal an einer Tür-zu-Tür-Aktion teilnahm. Mein Gefühl war zunächst nicht sehr positiv und ich wäre gern im Bett geblieben. Die äusserst guten Reaktionen und Gespräche mit der Bevölkerung haben aber alle Zweifel in den Wind geschlagen. Im Gegenteil: Am Schluss des Wahlkampfes, nach über zehn Tür-zu-Tür-Einsätzen, war ich sogar etwas wehmütig, dass diese Phase nun zu Ende ging. Im Aargau waren wir Kandidaten an unzähl-

Maja Riniker bei der Arbeit, damals noch im Aargauer Grossen Rat.

gen Standaktionen präsent, und dank eines tollen Wahlteams habe ich den Wahlkampf mit viel Unterstützung positiv erlebt. Als Highlight habe ich mit drei «Maja-Wettbewerbsgewinnern» im September bei wunderbarem Wetter eine Ballonfahrt über den Kanton unternommen.

Für eine moderne Armee

Nachdem Thierry Burkart am 24. November 2019 in den Ständerat gewählt worden war, war klar, dass ich den frei werdenden Sitz im Nationalrat übernehmen darf. Ich hatte sieben Tage Zeit, das Leben umzustellen, und bin am 2. Dezember als Nationalrätin vereidigt worden. Glücklicherweise darf ich in meiner Wunschkommission SIK (Sicherheitspolitische Kommission) Einsitz nehmen. Denn unser hochentwickeltes Land ist angreifbar. Und die Sicherheit muss uns etwas wert sein. Zur Abwehr äusserer Bedrohungen ist eine moderne Armee zentral. Sie braucht ausreichend Mittel, um uns schützen zu können. Ich befürworte die An-



Maja Riniker erlebte den Wahlkampf positiv – insbesondere auch wegen des Haustürwahlkampfes.

schaftung neuer Kampfflugzeuge. Auch gegen moderne Gefährdungen wie Cyberrisiken braucht unser Land gute Abwehrdispositive. Wir kennen bisher auch kaum Gefährdungen der Sicherheit im eigenen Land. Das kann rasch ändern. Darum muss die innere Sicherheit langfristig gewährleistet bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass es uns weiterhin wohl ist in der Schweiz; dazu gehört gegenseitige Toleranz, die keine Einbahnstrasse sein darf. Intoleranz gegenüber unserem Rechts- und Wertesystem ist für mich inakzeptabel.

Maja Riniker, Nationalrätin AG



Zukunft gestalten

Johanna Gapany stellt sich vor

Aus dem Fribourger Grossrat schaffte Johanna Gapany mit gerade 31 Jahren in einer spektakulären Art und Weise die Wahl in den Ständerat. Im Porträt erzählt sie, wofür sie kämpft und welche Gefühle sie beim Eintreten in die Hallen des Bundeshauses verspürt hat.

Ich bin im Kanton Fribourg geboren und lebe dort seit 31 Jahren. Nach dem Studium in Betriebsökonomie war ich schnell in das politische Leben meiner Stadt Bulle, zuerst als General-, dann als Gemeinderätin, eingebunden. Anschliessend wurde ich in den Grossen Rat berufen, und am 10. November wählte mich die Bevölkerung von Fribourg zur Ständerätin.

Direkter Kontakt mit den Bürgern

Den Wahlkampf für den Ständerat empfand ich als sehr anspruchsvoll. Ich konnte viele wertvolle Erfahrungen machen und mein eigenes Netzwerk stärken. Ich mag die Menschen und habe es sehr geschätzt, Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Kanton zu treffen. In meinem Programm habe ich versucht, den Menschen pragmatische Lösungen für die je nach Region unterschiedlichen Realitäten vorzuschlagen. Dann suchte ich den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, um mich über ihre Sorgen auszutauschen. Schliesslich habe ich die Debatten mit meinen Gegnern erlebt. Das

war harte Arbeit, aber mit etwas Übung wurde es zu einer extrem interessanten Erfahrung.

Kämpfen für Wahlfreiheit

Mich treibt der Wunsch an, die Welt, in der ich lebe, zu verstehen. Ich habe das Glück, in einem Land geboren zu sein, welches mir die Freiheit gab, zu wählen, was ich aus meinem Leben machen möchte. Diese Wahlfreiheit möchte ich auch den zukünftigen Generationen ermöglichen – dafür müssen wir kämpfen. Wir treffen heute die Entscheidungen, die morgen unsere Zukunft gestalten und die es den künftigen Generationen ermöglichen sollen, einmal ebenso gute, wenn nicht sogar bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen vorzufinden als wir heute.

Meine Prioritäten

Besonders wichtig ist mir, dass unsere Gesetze den sich verändernden Realitäten angepasst werden: So brauchen wir dringend eine Reform der Altersvorsorge, die sich an den heutigen sozialen und wirt-

schaftlichen Lebensumständen orientiert und die die Solidarität zwischen den Generationen wirklich respektiert. Die jungen Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die Altersvorsorge eines Tages auch für sie da ist und ihnen den Ruhestand ermöglicht. Wird dieses Versprechen nicht eingehalten, kommt das gesamte System aus dem Gleichgewicht.

Wenn ich von der Anpassung der Gesetze an die Realität spreche, denke ich dabei auch an die Besteuerung. Im Steuersystem besteht heute eine sehr «klassische» Vorstellung der Familie, obschon es viele Familienformen gibt. Die Individualbesteuerung würde alle gleich behandeln und wäre ein moderneres und gerechteres System.



Johanna Gapany: «Wir treffen heute Entscheidungen, die mogen unsere Zukunft gestalten.»

Gleichzeitig sind wir die Generation, die mit der Digitalisierung aufgewachsen ist und ihre Chancen sieht. Diese Chancen gilt es zu nutzen: wie in der Medizin, wo die elektronische Dokumentenverarbeitung Effizienz fördert oder bei der Mobilität, wo Digitalisierung ermöglicht, verschiedene Verkehrsträger auf einer Plattform zusammenzuführen und mit den vorhandenen Informationen die Bürger bei der Wahl der Verkehrsträger zu unterstützen.

Die erste Session

Meine erste Session hat mir nun zunächst die Gelegenheit gegeben, meine Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion und im Ständerat kennen zu lernen. Ich habe darauf geachtet, so viel Zeit wie möglich im Bundeshaus zu verbringen, um Kontakte herzustellen und zu verstehen, wie das Leben als Parlamentarier verläuft.

Als leidenschaftliche Politikerin muss ich zugeben, dass der Einzug ins Bundeshaus in mir starke Emotionen ausgelöst hat: Es mischten sich das ernste Gefühl der mit meinem Amt einhergehenden Verantwortung, die Begeisterung, unserem Land dienen zu dürfen, und die Genugtuung, nach einer Zeit intensiver Arbeit «angekommen» zu sein.

Johanna Gapany, Ständerätin FR

Die Neugewählten stellen sich vor



Bildung und Brückenschlag

Matthias Michel stellt sich vor

Klassisch und doch nicht, so die politische Karriere von Matthias Michel: Nach seiner 16-jährigen Tätigkeit als Zuger Regierungsrat erlebte er ein Zwischenjahr in der Kombination von Sprachaufenthalt, Velotour durch Italien, Hausmann und Wahlkämpfer. Nun ist er seit letzter Session im «goldenen Haus», der Bezeichnung seiner vier Kinder für das Bundeshaus.

In der Tat ist meine Familie mit meinem politischen Werdegang gewachsen, und die familiäre Verankerung ist mir wichtig. Das reflektiert sich auch in Kommentaren von Kindern. Nach meiner ersten Wahl in den Regierungsrat frohlockte unser damals sechsjähriger Sohn: Jetzt sei ich einer «wie der Herr Fiechter» (der Abwart unseres Dorfschulhauses), da ich «Chef der Schule» bzw. Bildungsdirektor wurde. Vier Jahre später wurde ich in den Augen der Kinder «Chef der Busse», da konnten sie sich mehr darunter vorstellen als unter «Volkswirtschaftsdirektor».

Gesamtheitliche Wirtschafts- und Innovationspolitik

Sowohl als Bildungs- wie auch als Volkswirtschaftsdirektor trug ich im Kanton die politische Verant-

wortung für die Bereiche Bildung, Wirtschaft, öffentlicher Verkehr, Landwirtschaft und Sozialversicherungen. Dadurch wurde mein gesamtheitliches Verständnis von Wirtschaftspolitik geprägt, das auch soziale und ökologische Anliegen beinhaltet. Gerade die Bildung ist für unser Land in wirtschaftlicher wie sozialer Hinsicht ein elementarer Pfeiler. Abgesehen davon ist die Berufsbildung mit der Verbundpartnerschaft das bedeutendste Zusammenarbeitsfeld von Wirtschaft und Staat.

Bildung und Forschung sind auch Voraussetzungen für Innovation, die an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft und damit auch von Staat und Wirtschaft entsteht. Die positiven Zuger Erfahrungen dieses Zusammenwirkens von öffentlichen und privaten Trägern möchte ich auch auf Bundes-

ebene einbringen. Das jüngste Beispiel ist der Innovationspark Zentralschweiz mit seiner Trägerschaft aus Unternehmen, Kantonen und Hochschule. Hier trug ich mitentscheidende Verantwortung.

Brückenschlag in den Rest der Schweiz

Es gehört wohl zur Eigenart eines kleinen Kantons wie Zug, dass man sich verstärkt mit seinen Nachbarn austauscht und gemeinsame Interessen sucht. Zug war schon seit jeher ein Brückenkanton und wurde im Jahr 1352 weniger aus eigenem Willen, sondern vielmehr zwecks Schaffung eines Binnenmarkts zwischen Zürich und Luzern von diesen regelrecht zum Bund gezwungen. Meinerseits schlug ich freiwillig Brücken und arbeitete von Anfang an an der Schaffung der Metropolankonferenz Zürich mit. Sodann führte ich unseren Kanton in die Standortpromotion «Greater Zurich Area». Aktiv war ich sodann in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und in der Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs als deren Präsident.



Matthias Michel war bei seinen Kindern als Regierungsrat «Chef der Busse».

Brückenbauer im Ständerat

Meine erste Session in Bern habe ich dazu genutzt, über die Partei-, Kantons- und Sprachgrenzen hinaus Kontakte zu knüpfen. Unterstützend wirkt bereits mein Sitzplatz bei den drei Westschweizer FDP-Ratsmitgliedern, mit denen ich mich gerne in beiden Sprachen austausche. Inhaltlich möchte ich als Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur mithelfen, dass die Schweiz innovativ und stark bleibt und dass sich konkret das Berufsbildungssystem entsprechend den Herausforderungen der Zukunft entwickelt. Mein Interesse und meine Erfahrung für Aussenbeziehungen – bisher interkantonal, neu international – bringe ich gerne in die Aussenpolitische Kommission ein.

Matthias Michel, Ständerat ZG

In eigener Sache

Neuwahlen Parteivorstand

Statutengemäss werden der Präsident bzw. die Präsidentin samt den Vizepräsidenten und den Beisitzern an der zweiten DV im Jahr nach den Wahlen gewählt respektive im Amt bestätigt. Die Delegiertenversammlung vom 4. April 2020 wird die Wie-

derwahl der Präsidentin sowie die Wahl der Vizepräsidenten und Beisitzer vornehmen.

Alle Informationen finden Sie auf unserer Website: www.fdp.ch

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

9. FEBRUAR 2020

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»
(Mieterverbandsinitiative)



JA

9. FEBRUAR 2020

Änderung des Strafgesetzbuches und des
Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf
zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind
jetzt mehr als Bilder –
lassen Sie sie lebendig werden!



- 1 Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.
- 2 Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».
- 3 Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

AGENDA

9. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. April

Delegiertenversammlung in Biel

17. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

27. Juni

Delegiertenversammlung

27. September

Eidgenössische Volksabstimmung

31. Oktober

Delegiertenversammlung

29. November

Eidgenössische Volksabstimmung

FDP
Die Liberalen



Jetzt Newsletter abonnieren

Dieses Bild scannen und los gehts.

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:

CH Regionalmedien AG | www.chregionalmedien.ch

Druck:

CH Media Print AG | www.chmediaprint.ch

NEIN

**zur Verstaatlichung des
Wohnungsmarkts**



**Mieterverbands-
initiative**

NEIN

9. Februar 2020

mieterverbands-initiative-nein.ch